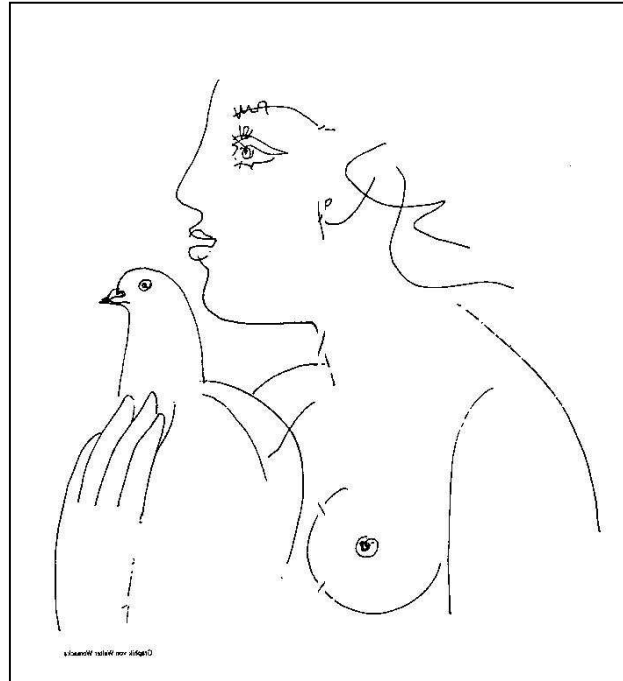


Nr. 169



Bipolarität oder Unipolarität?

von
Lühr Henken

Vortrag im Senioren-Club,
Karl-Liebknecht-Haus Berlin am 21.4.2015

c/o **Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.**
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin

Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de Homepage: www.gbmev.de/

Der Titel verkürzt ein wenig das Problem. Mit Bipolarität ist die Phase des Kalten Krieges gemeint, die etwa 45 Jahre lang bis 1990 währte. Danach, also seit etwa 25 Jahren, haben wir es zunächst mit einer Unipolarität zu tun, die durch die Sieger des Kalten Krieges USA/NATO gebildet wird, die sich jedoch einer zunehmenden Konkurrenz ausgesetzt sieht, so dass auch von Multipolarität oder dem „Konzert der Mächte“ gesprochen wird. Die Tendenz zu einer neuen Bipolarität mit der Kernmacht China ist bereits spürbar. Ich habe diese Abstraktionsebene gewählt, um eine einfache Klammer für eine Entwicklungsbeschreibung zu haben, die die Determinanten des Ukraine-Konflikts beschreibt, die Rolle von Atomwaffen und Raketenabwehr, aber auch die Faktoren benennt, die uns von einer aufkommenden neuen Bipolarität sprechen lassen. Die Frage ist, wie werden sich das von Deutschland geführte Europa verhalten und welche Einflussmöglichkeiten hat die Friedensbewegung? Um zunächst auf das aktuelle Hauptproblem zwischen Ost und West, die Ukraine, zu kommen, möchte ich vorweg ein Stück in die Geschichte zurückgehen. Denn es genügt zur Problemlösung nicht nur, die eigene – hier im Westen – herrschende Sichtweise zu kennen, sondern auch den Versuch zu machen, die Determinanten der anderen Seite, der russischen, nachvollziehen zu können. Erst so können sich Ansätze einer für beide Seiten gewinnbringenden Lösung entwickeln. Also zurück in die Geschichte vor fast 100 Jahren.

Heiße Angriffskriege gegen Russland und die UdSSR¹

Gleich zweimal mussten Russland und danach die UdSSR in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts Militärinterventionen zurückschlagen. 1918 bis 1920 wurde der Einmarsch der Truppen von 14 imperialistischen Mächten (darunter Deutschland, die USA, Großbritannien, Frankreich und Japan), die die weißgardistische Konterrevolution unterstützten, niedergeschlagen und von 1941 bis 1945 befreite sich die Sowjetunion als Hauptmacht der weltumspannenden Anti-Hitler-Koalition von der faschistischen Okkupa-

¹ Vgl. Lühr Henken, Die Folgen der Ukraine-Krise: Auf- oder Abrüstung?, in: Peter Strutynski (Hg.), Ein Spiel mit dem Feuer – Die Ukraine, Russland und der Westen, Köln 2014, 216 Seiten, S. 153 bis 171

tion und trug die Hauptlast an der Befreiung Europas von diesem verbrecherischen Regime. Wer danach hoffte, dass sich die UdSSR von den immensen Schäden, die die deutschen Faschisten mit ihrer „Politik der verbrannten Erde“ in den Sowjetrepubliken hinterließen in Ruhe erholen durfte, sah sich getäuscht.

Denn bereits 1945 bereitete die eine Siegermacht USA geheim einen Krieg gegen die andere Siegermacht Sowjetunion vor. Die Mitteilung Trumans an Stalin im Juni 45 während der Verhandlungen in Potsdam über den ersten gelungenen Atombombentest, der die Sowjetunion einschüchtern sollte, ließ erahnen, was die USA im Geheimen vorbereiteten und dann systematisch betrieben.

Obwohl der US-Regierung bereits Anfang 45 klar war, welche verheerenden Wirkungen das deutsche Wüten in der Sowjetunion angerichtet hatte – letztlich 27 Millionen Tote, 70.000 zerstörte Städte und Dörfer- und dass für die sowjetische Politik der Wiederaufbau höchste Priorität hatte, entwickelten die führenden US-Militärs im Sommer 1945 bereits Angriffskriegspläne. Ihre erfundene Begründung: einen sowjetischen Angriff atomar beantworten. Sein unverhohlener Titel: „Atombombenziel Sowjetunion“. Der erste Plan vom November 1945 nahm zwanzig sowjetische Großstädte ins Visier. Die USA stellten bis 1947 bereits 20 Atomsprengköpfe her und verfügten 1949 schon über 60 strategische Langstreckenbomber. Die UdSSR reagierte und zündete zu Testzwecken 1949 ihre erste Atombombe. Sie brach damit das Monopol der USA. Die USA bauten ihre Bomberflotte aus, verfügten 1954 über sage und schreibe 1.500 Langstreckenbomber, während es die UdSSR gerade mal auf 24 brachte. Die USA steigerten Atomwaffenangriffspläne auf die Zahl der zu vernichtenden Objekte bis 1959 auf 20.000.² Nur ein Beispiel, wie in den USA gelogen wurde, um die Rüstung voranzubringen: Um die Beschaffung von Interkontinentalraketen zu beschleunigen, erfand 1957 der Think-Tank RAND-Corporation zusammen mit dem Air-Force-Geheimdienst eine Raketenlücke in den USA. Gerade hatte die Sowjetunion ihren ersten Test einer In-

² Jürgen Bruhn, Der kalte Krieg oder: Die Totrüstung der Sowjetunion, Gießen 1995, 263 Seiten; S. 40

terkontinentalrakete erfolgreich vollzogen, behaupteten diese „Wissenschaftler“, die UdSSR würde 1962 über 500 Interkontinentalraketen verfügen. Real waren es dann 1962 nur 30, von denen nur vier in Dienst gestellt waren. So wurde die US-Aufrüstung mit Interkontinentalraketen 1962 auf 200 hoch getrieben.

Kalter Krieg gegen die Sowjetunion und den Warschauer Pakt

Um einen Atomkrieg gegen die Sowjetunion führbar und gewinnbar zu machen, entwickelten die USA fortwährend neue atomare Waffen- und Trägersysteme:

Hier nur die markantesten Beispiele: die Wasserstoffbombe, Mittelstreckenraketen, Interkontinentalraketen, Atom-U-Boote, U-Boot-Raketen, Anti-Raketen-Raketen, den Raketen-Feststoffantrieb und Mehrfachsprengköpfe. Außer der erwähnten Bomberlücke wurden weitere Lücken erfunden: Raketenlücken, dann Abschreckungslücken, später Verteidigungsausgabenlücken. Immer mit der erfundenen Begründung: Einem bevorstehenden sowjetischen Angriff mit einem Atomkrieg zuvorzukommen. Eine Erfindung, die bis zum Ende des Kalten Krieges Begründung für alle US- und NATO-Aufrüstungsrunden war.

Sehr gut dokumentiert ist folgendes Eingeständnis: „Anfang 1961 gab der neue Verteidigungsminister McNamara öffentlich zu, dass es keine Raketen-Lücke und keine Abschreckungs-Lücke gab. New York Times und Washington Post nahmen dieses nicht für die Öffentlichkeit bestimmte Eingeständnis auf und veröffentlichten es auf Seite 1 am 7. Februar 1961.³ Es gab eine große Diskussion, änderte aber nichts an der Politik der atomaren Aufrüstung.

Die Sowjetunion nahm, um der Erpressbarkeit und seiner Vernichtung zu entgehen, diesen Rüstungswettlauf an und zog technologisch jeweils ein paar Jahre später nach. Die NATO-Aggressivität steigerte sich schließlich durch die Aufstellung atomar bestückter strategischer Marschflugkörper Cruise-Missiles sowie Pershing 2-Mittelstreckenraketen in West- und Südeuropa, die schlicht und ergreifend auf die „Enthauptung der Sowjetunion“ zielten, also da-

³ New York Times, „Missile Gap Non-Existent“, 7. Feb. 1961, Washington Post, „No Deterrence Gap“, 7. Feb 1961, zit. n. Bruhn S. 90

rauf, mit entschlossenen atomaren Erstschlägen die sowjetische Führung taub und blind zu machen, um eine sowjetische Zweitschlagoption möglichst auszuschalten. Das Motto: „Der Sieg ist möglich“. Sowjetische atomare Gegenschläge sollten durch einen Raketenabwehrschirm (SDI) abgefangen werden. Ein Atomkrieg wäre dadurch möglich geworden, der zumindest Europa zerstört, aber die USA ungeschoren hätte davon kommen lassen. Die NATO-Politik brachte die Welt an den Rand des atomaren Infernos.

Die sinnlichen Erfahrungen mit den aggressiven Kriegskonzepten von USA und NATO prägen bis heute die Generationen der Völker der Ex-Sowjetunion, insbesondere Russlands, nach dem Zweiten Weltkrieg. Moskau hat mit der NATO schlechte Erfahrungen gemacht. Das Feindbild NATO ist präsent.

1987 führte der INF-Vertrag zur atomaren Abrüstung von landgestützten Raketen mit Reichweiten von 500 bis 5.500 km in Europa. Es ist der erste echte Abrüstungsvertrag. Dann folgte in Osteuropa der Zusammenbruch des sozialistischen Systems. Die enormen Ausgaben für Rüstung, ihre Erforschung und Erprobung in der UdSSR hatten dort seit geraumer Zeit zum wirtschaftlichen Stillstand und zur Innovationsschwäche geführt. Denn schließlich hatten die USA von 1945 bis 1990 etwa 4.000 Mrd. Dollar in die Aufrüstung gesteckt, davon allein 2.500 Mrd. in der Reagan-Zeit von 1981 bis 1989. Die Sowjetunion war praktisch tot gerüstet worden.

Abrüstung in Ost und West

Den Beginn einer neuen Ära stellte die „Charta von Paris für ein neues Europa“ von 1990 dar. In ihrer Präambel stellten 34 Staats- und Regierungschefs aus West und Ost als Abschluss des KSZE-Prozesses fest: „Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. Wir erklären, dass sich unsere Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen werden.“⁴

⁴ Die Charta von Paris, 19.-21.11.1990, 32 Seiten,
<http://www.menschenrechtsbuero.de/pdf/paris90g.pdf>

Eine Folge dessen war der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE), der im November 90 unterzeichnet und im Juli 92 in Kraft trat. Er legte fest, dass NATO und Warschauer Pakt im Raum zwischen Atlantik und Ural jeweils gleiche Obergrenzen in fünf Kategorien schwerer Angriffswaffen der Heere und der Luftwaffen haben dürfen.⁵

Er galt als „Eckpfeiler der europäischen Sicherheit“⁶ und schreibt ein militärisches Gleichgewicht in Europa fest, das durch ein Inspektionsregime verifiziert werden sollte.

Ziel war es, die beidseitige Fähigkeit zu großangelegten Offensiven und Überraschungsangriffen zu beseitigen. Auch jeweilige Obergrenzen der Truppenbestände wurden vereinbart. Als Folge dessen wurden in den 90er Jahren fast 66.000 schwere Angriffswaffen zerstört. Allerdings veränderte sich die Vertragsgrundlage während der Reduzierungsphase erheblich. Denn nachdem sich der Warschauer Vertrag am 1.7.1991 auflöste und die NATO, obwohl der Gegner verschwand, bestrebt war, ihren Fortbestand zu sichern, indem sie sich ein neues Strategisches Konzept zulegte, das es ihr ermöglichen sollte, außerhalb ihres Vertragsgebiets militärisch aktiv zu werden, wuchsen die Gegensätze wieder an. Insbesondere ab 1997, weil die ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten Polen, Tschechien und Ungarn in die NATO strebten. Im selben Jahr wurde der „NATO-Russland-Rat“ geschaffen, in dem sicherheitspolitische Diskussionen geführt wurden. In der Grundakte des Rats verzichtet die NATO darauf, in den neuen Mitgliedsländern „zusätzlich substantielle Kampftruppen dauerhaft“ zu stationieren⁷. Das hinderte die USA jedoch nicht daran, das zu tun. Forde-

5 Je Seite: 20.000 Kampfpanzer, 20.000 Artilleriewaffen, 30.000 gepanzerte Kampffahrzeuge, 6.800 Kampfhubschrauber, 2.000 Kampfhubschrauber. KSE-Vertrag, 19.11.90, 136 Seiten, Seite 10, <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/349218/publicationFile/4111/KSE-Vertrag.pdf>

6 Erklärung des NATO-Gipfels in Riga am 29.11.2006, http://www.nato.diplo.de/Vertretung/nato/de/06/Gipfelerklaerungen/Gipfelerkl_C3_A4rung_Seite.html

7 Grundakte über Gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der Nordatlantikvertrags-Organisation und der Russischen Föderation, Paris, 27.5. 97

rungen Russlands, den Begriff „substantielle Kampftruppen“, wie er in der NATO-Russland-Akte steht, zu definieren, kam die NATO nicht nach.

Der NATO-Russland-Rat wurde mandatiert, einen angepassten KSE-Vertrag (AKSE)⁸ auszuarbeiten, der nun jeweils *nationale* Obergrenzen für die fünf Waffensysteme und die Personalstärken festlegte. Er enthält besondere Flankenregeln für Nord- und Südost-Russland sowie Obergrenzen und Verstärkungsregeln für die Stationierung zusätzlicher NATO-Truppen in den neuen Mitgliedsländern (außer den Baltischen Staaten). Das sollte verhindern, dass Moskau seine unabhängigen kleinen Nachbarn wie die baltischen Staaten oder Georgien militärisch unter Druck setzen kann, aber auch die NATO daran hindern, die Masse ihrer Truppen einfach in die neuen Mitgliedstaaten in unmittelbarer Grenznähe zu Russland zu stationieren. 1999 wurde der Vertrag in Istanbul unterzeichnet. Aber trotz der Aufnahme weiterer Mitglieder in die NATO (2004 folgten die Slowakei, Rumänien und Bulgarien sowie die drei baltischen Staaten) ist der Vertrag bis heute nicht in Kraft getreten, weil die NATO-Staaten die Ratifizierung verweigern. Dem gegenüber ratifizierten Russland, Weißrussland, Kasachstan und die Ukraine den AKSE-Vertrag bis 2004. Zur Begründung ihrer Verweigerung führten die NATO-Staaten an, Russland würde die Istanbul-Verpflichtungen nicht einhalten, denn es habe ihre Truppen nicht vollständig aus Moldau und Georgien abgezogen. „Die NATO gab selbst diese Position auch dann nicht auf, als Russland seine regulären Verbände und schweren Waffen vollständig aus Georgien und Moldau (mit Ausnahme eines halb geräumten Munitionsdepots samt Wachmannschaften in Transnistrien/Moldau) zurückgezogen hatte. Strittig war zuletzt nur noch der Stationierungsort (Gudauta) für russische Friedenstruppen, deren

http://www.nato.diplo.de/contentblob/1940894/Daten/189459/1997_05_Paris_DownlDat.pdf, 10 Seiten. S. 9

⁸ Übereinkommen über die Anpassung des Vertrages über Konventionelle Streitkräfte in Europa, 19.11.99, 119 Seiten, <http://www.auswaertiges-amt.de/cae/servlet/contentblob/349220/publicationFile/4112/KSE-UE-Anpassung.pdf>

Präsenz in Abchasien der VN-Sicherheitsrat gebilligt hatte.“⁹ Dabei handelte es sich 2004 um lediglich etwa 1.400 russische Soldaten in Transnistrien¹⁰ und um 1.600 Soldaten in Abchasien¹¹. Diese 3.000 Soldaten bildeten damals etwa ein Prozent sämtlicher russischer Heerestruppen westlich des Urals. Wegen dieser Marginalie ließ die NATO den „Eckpfeiler der europäischen Sicherheit“ einstürzen. 2007 suspendierte Russland den KSE-Vertrag und die NATO erklärte im November 2011, dass sie ihn fortan nicht mehr anwende.¹² Seitdem gibt es keinen KSE-Vertrag mehr. Russische Forderungen nach Einbeziehung der baltischen Staaten und einen neuen Vertrag verhallen ungehört.

Andererseits ermöglicht der vertragslose Zustand Russland heute an seiner Westgrenze nach eigenem Belieben Truppen zusammenzuziehen. Dass Russland diese Möglichkeit hat, dafür trägt die NATO die Verantwortung. Einzig auf Grundlage des „Wiener Dokuments über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen“ (VSBM)¹³ vom 30.11.11 werden innerhalb der 57 Mitgliedstaaten der OSZE Informationen über Streitkräfteumfänge, Hauptwaffensysteme, Militärhaushalte, Verteidigungs- und Streitkräfteplanung sowie anstehende Manöver mit mehr als 13.000 Soldaten ausgetauscht und durch Inspektionen überprüft. Wichtig dabei ist, dass der VSBM kein Vertrag der Rüstungsbegrenzung ist, sondern lediglich ein Vertrag der Rüstungskontrolle – allerdings ist er nicht rechtsverbindlich, sondern nur eine politische Erklärung.

Westliche Einkreisung statt Kooperation

Parallel zum Zusammenbruch des KSE-Rüstungsbegrenzungssystems entschieden USA und NATO über weitere destabilisierende Maßnahmen:

9 Wolfgang Richter, die Ukraine-Krise, SWP-Aktuell, April 2014, 8 Seiten, S. 3

10 The Military Balance 2004/2005, S. 109

11 The Military Balance 2005/2006, S. 167

12 „Offizielle Todeserklärung“, neues deutschland, 24.11.11, <http://www.ag-friedensforschung.de/themen/export/kse8-neu.html>

13 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), Wiener Dokument 2011 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, 30.11.11, 71 Seiten, <https://www.osce.org/de/fsc/86599?download=true>

1. Die NATO führte 1999 einen Angriffskrieg um das Kosovo gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Sie wich dem Widerstand Moskaus im UN-Sicherheitsrat aus, indem sie den Krieg ohne UN-Mandat vom Zaun brach – ein Novum in der NATO-Geschichte. Russland wurde hier ebenso düpiert wie 2003 im ebenso völkerrechtswidrig geführten anglo-amerikanischen Irakkrieg zum Sturz Saddam Husseins. Das Recht des Stärkeren setzte sich über die Stärke des Rechts hinweg.
2. Im Jahr 2000 legte das Strategiepapier „Joint Vision 2020“ fest, bis zum Jahr 2020 für das US-Militär eine „Full-spectrum Dominance“ („Überlegenheit auf allen Gebieten“) anzustreben. Die Strategie besagt, dass eine umfassende militärische Überlegenheit nur dann erreicht ist, wenn sie sowohl an Land, im und unter Wasser und in der Luft als auch im Weltraum und im Cyberspace besteht. Die Infrastruktur für diese globale Machtprojektion bilden 686 US-Militärbasen in 47 Ländern außerhalb der USA und zehn Flugzeugträgergruppen auf allen Weltmeeren.¹⁴
3. 2001 kündigte die US-Regierung unter George W. Bush das Anti-Ballistic-Missile-Abkommen (ABM-Vertrag). Seitdem ist es erlaubt, nach Belieben strategische Raketenabwehrsysteme zu errichten. Der ABM-Vertrag war Eckpfeiler strategischer Stabilität, flankierte er doch die Abrüstungsabkommen über strategische Nuklearwaffen (SALT und START). Die Begründung der US-Regierung, Stützpunkte unter anderem in Polen und Rumänien einzurichten, damit aus dem Iran abgefeuerte nuklear bestückte Interkontinentalraketen abgefangen werden können, verding in Moskau nicht. Da der Iran weit entfernt ist von diesen Möglichkeiten, erst recht, wenn der Vertrag über das iranische Nuklearprogramm unter Dach und Fach kommt, sieht sich Russland als

14 Department of Defence, Base Structure Report Fiscal Year 2014, 199 Seiten, Seite 6.

<http://www.acq.osd.mil/ie/download/bsr/Base%20Structure%20Report%20FY14.pdf>, Dabei kommen den Militärbasen im Wesentlichen vier Hauptfunktionen zu. Sie dienen der Eindämmung potenzieller Rivalen, der Kontrolle wichtiger Ressourcen und Transportwege, sie beeinflussen die Gastländer und dienen als Logistikkreisläufe und Sprungbretter für Militärinterventionen. a.a.O., S. 4f

Landmacht mittel- bis langfristig als Ziel dieser Raketenabwehrsysteme. Es fürchtet um den Verlust seiner nuklearen Zweitschlagfähigkeit. Zum Hintergrund: Russland hat mit den USA im New-Start-Vertrag vereinbart, die Zahl der strategischen Nuklearplattformen bis 2018 auf jeweils 800 zu begrenzen. Während die USA mit zurzeit 785¹⁵ (Vorjahr 809) nuklearstrategischen Trägersystemen das Ziel schon erreicht hat, sieht sich Russland sogar gezwungen aufzurüsten. Es war ins Hintertreffen geraten und hatte 2013 nur noch 473. Es droht die nukleare Parität zu verlieren. Nun hat Russland 515. Von Parität kann noch keine Rede sein. Moskau hat ein Aufrüstungsprogramm aufgelegt, das unter anderem¹⁶ 400 Interkontinentalraketen und acht strategische U-Boote umfasst. Insgesamt will Moskau von 2011 bis 2020 etwa 490 Mrd. Dollar für Beschaffung und Modernisierung der Armee ausgeben, davon 100 Mrd. für Nuklearwaffen.¹⁷ Zum Vergleich: Die USA geben jährlich fast doppelt so viel für neue Waffen aus wie Russland und planen, allein für die umfassende Modernisierung ihrer Atomwaffenträger „in den nächsten zehn Jahren circa 350 Milliarden Dollar auszugeben.“¹⁸ – also das dreieinhalbfache der russischen Ausgaben. Die Raketenabwehr der USA stellt ein weltumspannendes Mammutprojekt dar, welches darauf gerichtet ist, die US-dominierte Weltordnung zu verfestigen – also die Unipolarität aufrechtzuerhalten. Alle Freunde kommen unter den Schirm, alle anderen bleiben außen vor. Dass die Raketenabwehr keine zeitlich oder räumlich begrenzte Sache ist, machte die stellvertretende US-Außenministerin, Ellen Tauscher, deutlich. Sie sagte, die europäische Raketenabwehr werde auch dann verwirklicht, „wenn es in Iran zu einem Regimewechsel käme. Es gehe darum, neue Technologien zu beherrschen.“¹⁹ ²⁰ Russland schlägt „die Ent-

¹⁵https://en.wikipedia.org/wiki/New_START am 1.3.15

¹⁶ Im russischen Modernisierungsprogramm sind zudem 50 Kriegsschiffe, 600 Flugzeuge und 1000 Helikopter aufgelegt.

¹⁷ Bundesregierung, Jahresabrüstungsbericht 2014, S. 119

¹⁸ NDR Info Streitkräfte und Strategien, 10.1.15, S. 14,

http://www.ndr.de/info/sendungen/streitkraefte_und_strategien/streitkraeftesen_demanuskript508.pdf

¹⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, FAZ 19.5.12

wicklung gemeinsamer Raketenabwehrsysteme mit gleichberechtigter russischer Beteiligung“²¹ vor. Das lehnen die USA ab. Russland reagiert militärisch auf die NATO-Raketenabwehr, indem es Präventivschläge auf NATO-Raketenstellungen androht, an Hyperschallflugzeugen forscht und sein territoriales Radarsystem großflächig erweitert.

4. Seit 2006 verfolgt das Pentagon die Absicht, konventionelle „Prompt Global Strikes“, also weltweite Sofortangriffe, ausführen zu können. Binnen einer Stunde soll ein Ziel, egal wo auf der Welt, getroffen werden können. Begründet wird dies mit der Zerschlagung terroristischer Netzwerke²², lässt sich jedoch auch gegen andere Ziele einsetzen. Ausgeführt werden soll dies von Interkontinentalraketen, Hyperschall-Flugzeugen²³, Weltraumwaffen und Kampfdrohnen. An diesen Plänen wird systematisch gearbeitet.
5. Ebenfalls 2006 richteten die USA insgesamt neun Militärstützpunkte in Bulgarien und Rumänien ein, die jeweils Dauerstationierungen von 2.500 US-Soldaten zulassen, bei Kontingentwechseln sogar das Doppelte. Das stellt ein Mehrfaches dessen dar, was die NATO Russland in Transnistrien/Moldau und Georgien nicht zubilligen wollte.
6. Im Jahr 2006 war auch die Schnelle Eingreiftruppe der NATO (NATO Response Force, NRF) einsatzfähig. Sie sollte 25.000 Mann binnen sieben Tagen weltweit zum Einsatz bringen können²⁴. Allerdings gab es Probleme bei der Bereithaltung der Sollstärke, so dass ihre Größe „auf einen Kern von 13.000 Soldaten

20 welt.de 18.5.12 Der damalige NATO-Generalsekretär Rasmussen warnte davor, dass mehr als 30 Länder im Besitz der Technologie für ballistische Raketen seien oder daran arbeiteten.

21 Jahresabrüstungsbericht S. 119

22 Quadrennial Defense Review Report, 6.2.06, 113 Seiten, S. 28, www.bits.de

23 wie die Boeing X-51

24 FAZ 5.11.02 und aus „Heerestruppen in der Stärke einer Brigade, Luftstreitkräften, die bis zu 200 Einsätze pro Tag fliegen und führen können, sowie einem Marinerverband mit einem Dutzend Schiffen“ bestehen

reduziert“²⁵ wurde. Auch die Verlegeschnelligkeit wurde nie erreicht.

7. Der Mitgliedschaft in der NATO folgten die Mitgliedschaften in der EU: 2004 wurden die baltischen Staaten sowie Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn in die EU aufgenommen, 2007 folgten Rumänien und Bulgarien. Das heißt, nachdem sowjetische Truppen die ehemaligen Länder des Warschauer Vertrages verlassen hatten, wurden diese Länder Neu-Mitglieder zuerst von NATO und jeweils als zweites der EU, so dass deren östliche Außengrenzen immer näher an das russische Kernland heranrückten. Im April 2008 wurde der Ukraine und Georgien die NATO-Mitgliedschaft versprochen, jedoch noch keine konkreten Maßnahmen zu ihrer Realisierung getroffen. Russland sieht sich vom Westen her eingekreist.

Georgienkrieg 2008

Offenbar ermutigt durch das NATO-Versprechen, Georgien aufzunehmen, überfiel die georgische Armee im August 2008 die sich seit 1990 für von Georgien unabhängig erklärte Provinz Südossetien und stand mit Truppen an der Grenze zum ebenfalls abtrünnigen Abchasien (Unabhängigkeitserklärung 1992) – beide nach Russland orientiert. Wie der SPIEGEL berichtete, setzte damit der damalige georgische Präsident Saakaschwili seinen seit 2006 fertigen Angriffsplan um²⁶. Die USA hatten die georgische Armee ausgerüstet und trainiert. Es waren etwa 130 US-Militärberater im Land, ihr Büro lag eine Etage unter dem des georgischen Verteidigungsministers²⁷. Russland hatte lange vor dem georgischen Angriff gewarnt, hatte sich darauf vorbereitet, und schlug ihn in einem Fünf-Tage-Krieg zurück.

Wichtiger Vordenker der US-Globalstrategie ist Zbigniew Brzezinski, früherer Berater von US-Präsident Carter. Brzezinski verfasste 1997 das wegweisende Buch – wieder ein unverhohlener Titel – „Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherr-

²⁵ FAZ 23.5.14

²⁶ Der Spiegel Nr. 35 /2008, S. 128

²⁷ Der Spiegel Nr. 34 /2008, S.85 f

schaft“²⁸. Unter der Kapitelüberschrift „Das eurasische Schachbrett“ lesen wir: „Amerikas geopolitischer Hauptgewinn ist Eurasien. [...] Der Fortbestand der globalen Vormachtstellung Amerikas hängt unmittelbar davon ab, wie lange und wie effektiv es sich in Eurasien behaupten kann.“²⁹ Kurzer Hinweis von mir: Eurasien beherbergt drei Viertel der Menschheit und drei Viertel der Energieressourcen. Brzezinski weiter: „Eurasien ist [...] das Schachbrett, um den der Kampf um die globale Vorherrschaft auch in Zukunft ausgetragen wird.“³⁰ Brzezinski analysiert, dass für Russland „unter geopolitischem Aspekt [...] der Abfall der Ukraine einen zentralen Verlust“ darstellte, „denn er beschnitt Russlands geopolitische Optionen drastisch“.³¹ Mit anderen Worten, ohne die Ukraine könne Russland nie wieder zum geopolitischen Rivalen der USA aufsteigen. Deshalb tritt Brzezinski für den Erhalt der staatlichen Unabhängigkeit der Ukraine ein und empfiehlt, dass zu den „Staaten, die Amerikas stärkste geopolitische Unterstützung verdienen“, die Ukraine gehört. Für ihn stellen Aserbaidshan, Usbekistan und die Ukraine „drei geopolitische Dreh- und Angelpunkte“³² dar. Brzezinski bezeichnet die Ukraine auch als Schlüsselstaat.³³ Demnach ist die Ukraine, mit seinen 45 Millionen Einwohnern das nach Russland größte Land der Nachfolgestaaten der Sowjetunion, der Dreh- und Angelpunkt im Kampf um eine Welthegeemonie.

Ein kurzer Blick auf die Militärausgaben und die wirtschaftlichen Potentiale macht jedoch deutlich, dass es sich hier um einen Popanz Brzezinskis handelt. Ein vorgeschobenes Argument nach dem Motto, damit wir uns vor der angeblichen weltweiten Bedrohung durch das wiedererstarkende „böse“ Russland schützen, müssen wir die Ukraine den Klauen des „russischen Bären“ entreißen. Wie steht es um die Militärausgaben? Die 28 NATO-Staaten gaben in

28 Zbigniew Brzezinski, Die einzige Weltmacht, Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt am Main 2004 (8. Auflage), Taschenbuch, 311 Seiten, im weiteren: Brzezinski

29 Brzezinski S. 53

30 Brzezinski S. 57

31 Brzezinski S. 137

32 Brzezinski S. 216

33 Brzezinski S. 289

den zehn Jahren von 2005 bis 2014 zusammen mehr als das 14 fache für ihr Militär aus als Russland³⁴. Die Summe ihrer Soldaten geben die NATO-Staaten (für 2013) mit 3,37 Millionen an (1,93 Millionen davon sind in Europa)³⁵, während die Zahl der russischen Soldaten zurzeit lediglich bei 916.000³⁶ liegt. Im ökonomischen Bereich fällt das West-Ost-Gefälle noch drastischer aus. Während das russische Bruttoinlandsprodukt (BIP) für 2013 mit 2,1 Billionen Dollar angegeben wird, summieren sich die BIP-Werte der USA (16,8) und der EU (17,4)³⁷ auf 34,2 Billionen Dollar, also dem sechszehnfachen des russischen. Mit anderen Worten, Russland verfügt nur über gut sechs Prozent der kumulierten Wirtschaftskraft von USA und EU. Russland hat 137 Millionen Einwohner, die USA (320 Mio.) und die EU (509 Mio.) zählen zusammen 829 Millionen Einwohner.³⁸ Auch mit 45 Millionen Ukrainern an Russlands Seite würde sich an der Unterlegenheit gegenüber der NATO überhaupt nichts ändern. Ob mit oder ohne Ukraine, Russland ist in der schwächeren Position. Die NATO ist die Übermacht. Nur lässt sich von westlicher Seite so lang kein Krieg gegen Russland führen oder Russland mit dieser militärischen Überlegenheit erpressen, wie Russland über eine verlässliche atomare Zweitschlagkapazität verfügt.

34 Die vom Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) ermittelten Militärausgaben umgerechnet auf der Dollarbasis von 2011 ergeben für die NATO-Staaten als Summe der Jahre 2005 bis 2014 den Wert von 9,7 Billionen US-Dollar. Hier sind auch die Werte 2005 für Albanien und Kroatien berücksichtigt, obwohl diese erst seit 2009 der NATO angehören. Sie werden hier deshalb berücksichtigt, weil die in jenen Zeiten beschafften Ausrüstungen mit in die NATO übernommen wurden und der Anteil dieser Länder ohnehin marginal ist. Für Russland addieren sich 0,67 Billionen US-Dollar in diesem Zehnjahreszeitraum.

http://www.sipri.org/research/armaments/milex/milex_database/milex_database

35 NATO Communique PR/CP (2014)028, Financial and Economic Data Relating to NATO Defence, 24.2.14, 10 Seiten, Tabelle 6,

http://www.nato.int/nato_static/assets/pdf/pdf_topics/20140224_140224-PR2014-028-Defence-exp.pdf, im Weiteren: NATO-Tabelle

36 Jahresabrüstungsbericht, S. 120

37 FAZ 15.5.14

38 FAZ 15.5.14

Kommen wir zur Ukraine

Manchmal tut es gut, Analysen von Leuten zu lesen, die nicht aus den uns vertrauten Kreisen kommen, des Pazifismus unverdächtig sind, und trotzdem Überlegungen formulieren, die sich mit den unseren weitgehend decken. Und wenn sie dann noch aus den USA kommen, umso besser. John Mearsheimer ist so ein Vertreter. Er ist Professor für Politikwissenschaften an der Universität Chicago und weit über seine Landesgrenzen hinaus bekannt. Er schreibt in *Foreign Affairs* im August letzten Jahres unter der Überschrift „Putin reagiert“³⁹: „Die Hauptschuld an der Krise tragen die USA und ihre europäischen Verbündeten. An der Wurzel des Konflikts liegt die NATO-Osterweiterung, Kernpunkt einer umfassenden Strategie, die Ukraine aus der russischen Einflussosphäre zu holen und in den Westen einzubinden. Dazu kam die EU-Osterweiterung und die Unterstützung der Demokratiebewegung in der Ukraine durch den Westen, beginnend mit der Orangen Revolution 2004. [...] Das Fass zum Überlaufen brachte der unrechtmäßige Sturz des demokratisch gewählten pro-russischen Präsidenten der Ukraine (Janukowitsch, L.H.); Putin sprach zu Recht von einem ‚Staatsstreich‘. Als Reaktion darauf annektierte er die Halbinsel Krim, auf der, wie er befürchtete, die Einrichtung einer NATO-Marinebasis geplant war, und betrieb die Destabilisierung der Ukraine, um sie von einer Annäherung an den Westen abzubringen. Putins Gegenwehr kam eigentlich alles andere als überraschend“, schreibt Mearsheimer. „Immerhin war der Westen, wie Putin nicht müde wurde zu betonen, in den Hinterhof Russlands vorgedrungen und hatte dessen Kerninteressen bedroht. [...] Putin kämpft mit harten Bandagen“. Und: „Putins Verhalten ist nicht schwer zu verstehen. Die Ukraine ist für Russland ein Pufferstaat mit enormer strategischer Bedeutung. Kein russischer Staatschef würde es hinnehmen, dass eine Militärallianz, die noch bis vor kurzem Moskaus Erzfeind war, in die Ukraine vorstößt [...] Washington mag von der Position Moskaus nicht angetan sein, müsste aber die Logik dahinter be-

39 John J. Mearsheimer, Putin reagiert – Warum der Westen an der Ukraine-Krise schuld ist, 1.9.2014, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) IPG-Journal, <http://www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/putin-reagiert-560/>

greifen. Das ist Geopolitik für Anfänger: Auf eine mögliche Bedrohung vor ihrer Haustür reagiert jede Großmacht empfindlich. Die Vereinigten Staaten würden es ja auch nicht hinnehmen, wenn ferne Großmächte ihre Streitkräfte in der westlichen Hemisphäre stationierten, geschweige denn an ihrer Grenze. Man stelle sich die Empörung in Washington vor, wenn China ein mächtiges Militärbündnis schmiedete und versuchte, Kanada und Mexiko dafür zu gewinnen.“ Mearsheimer macht einen Vorschlag: „Eine Lösung – für die der Westen allerdings seine Denkweise grundlegend revidieren müsste“, sagt er. „Die USA und ihre Verbündeten müssten ihren Plan einer Verwestlichung der Ukraine aufgeben und stattdessen darauf hinarbeiten, dass das Land zu einem neutralen Pufferstaat zwischen der NATO und Russland wird, ähnlich wie Österreich im Kalten Krieg.“ Später plädiert er dafür, dass NATO und EU auf ihre Osterweiterung verzichten sollten.⁴⁰

Die Regierungen der NATO-Staaten nahmen von Mearsheimer keine Notiz und behielten ihren Konfrontationskurs bei. In der Gipfelerklärung zum Abschluss des NATO-Gipfels in Wales am 5. September „verurteilen“ sie [Zitat] „auf das schärfste die eskalierende und illegale militärische Intervention Russlands und fordern von Russland, dass es seine Streitkräfte in der Ukraine und an der ukrainischen Grenze aufhält und abzieht.“ Dies sei ein „ernsthafter Verstoß gegen das Völkerrecht“ und die NATO-Führer erklären weiter, dass sie „die illegitime ‚Annexion‘ der Krim durch Russland nicht an(erkennen) und diese auch nicht anerkennen (werden).“⁴¹ [Zitat Ende]

Um eine weitere Eskalation des Konflikts, insbesondere durch US-Waffenlieferungen an die National-Ukrainer, zu verhindern, engagierten sich Kanzlerin Merkel und Präsident Hollande und handelten einen Waffenstillstand und eine Pufferzone, die frei ist von

40 Interview mit John J. Mearsheimer, 6.3.15, 4:48 Min., deutsch untertitelt, <http://weltnetz.tv/video/625>

41 Gipfelerklärung von Wales, 5.9.2014, 37 Seiten, <http://www.nato.diplo.de/contentblob/4325924/Daten/4919181/gipfelerklaerung-wales.pdf>. Im Weiteren: Gipfelerklärung

schweren Waffen, aus. Die Waffenruhe ist brüchig und die zugrunde liegenden Fragen sind ungelöst.

Russland lässt nicht zu, dass in der Ukraine - nur 300 km von Wolgograd und 500 km von Moskau entfernt - Raketen und Kampfflugzeuge aus den USA oder der NATO stationiert werden. Da die NATO Kandidaten mit Territorialkonflikten nicht aufnimmt, ist Russland so lange an einer destabilisierten Ukraine interessiert, wie Kiew nicht von seinem Westkurs ablässt.

Kiew und der Westen wollen die Ukraine ganz. Militärisch ist das nicht zu machen. Trotzdem wird die Ukraine aufgerüstet und Kiew und faschistische Bataillone provozieren an der Waffenstillstandslinie. Die USA finden immer schnell den Schuldigen an den Gefechten: immer sind' s die Russen. Damit verschaffen sie sich, ohne freilich Beweise vorzulegen, die Begründung für immer neue Sanktionen gegen Russland. Sie treiben die Rüstungsausgaben der europäischen NATO-Staaten in die Höhe und entfachen somit ein neues Wettrüsten in Europa gegen Russland. Die Forderung, eine EU-Armee aufzubauen, fügt sich hier nahtlos ein. Russland reagiert darauf militärisch und orientiert sich nach China.

Wohin soll das führen? Etwa in einen Konflikt ohne Ende, der das Potenzial hat, sich noch auszuweiten?

Der Konflikt darf sich nicht ausweiten, sondern muss gelöst werden! Wir brauchen Kooperation statt Konfrontation. Es ist Zeit für eine neue Entspannungspolitik!

Und wie?

Erstens: Der Waffenstillstand muss durchgesetzt werden. Die OSZE-Beobachter müssen ihre Arbeit effektiv machen können. Sie müssen kontrollieren können, wo die schweren Waffen sind. Bei Brüchen des Waffenstillstands müssen sie unverzüglich die dafür verantwortliche Seite bestimmen können.

Zweitens: Die ukrainische Regierung muss mit den Aufständischen direkt Verhandlungen über die Zukunft der Ostukraine aufnehmen.

Drittens: Die ukrainische Regierung muss dazu gebracht werden, wie Österreich im Kalten Krieg, die Ukraine für neutral zu erklären.

Viertens: Russland und die NATO müssen über konventionelle und atomare Abrüstung in Europa auf einem möglichst niedrigen Niveau verhandeln. Keine Raketenabwehr in Europa! Wir brauchen Deeskalation und Abrüstung! Wir wollen keinen Kalten Krieg! Er könnte schnell zu einem heißen Krieg werden.

Denn die russische Regierung reagiert mit einer neuen Militärdoktrin, um auf die neuerlichen Bedrohungen aus dem Westen zu reagieren. Anlässlich des NATO-Gipfels in Wales in Auftrag gegeben, wurde sie Weihnachten veröffentlicht. Sie stuft den „gewaltsamen Sturz der verfassungsmäßigen Ordnung“ als Gefahr ein.⁴² Zudem wird in angrenzenden Staaten die „Errichtung von Regimen als Ergebnis des Sturzes legitimer staatlicher Machtorgane“, als neue äußere militärische Gefahr gesehen, „welche die Interessen der russischen Föderation bedroht“⁴³. Das trifft auf die Ukraine zu, könnte aber auch auf Moldau zutreffen. Gefahren gelten definitiv in der Doktrin als Vorstufe für Bedrohungen. Bedrohungen beinhalten die „reale Möglichkeit eines bewaffneten Konflikts.“⁴⁴ Als militärische Gefahren – nicht als Bedrohungen – „stuft die neue Doktrin ‚strategische Abwehrsysteme‘, ‚Waffen im Weltraum‘, ‚nichtatomare strategische Präzisionswaffen‘ und – 2014 erstmals explizit genannt – ‚global strike‘-Fähigkeiten“ ein.⁴⁵ Dabei nimmt die Doktrin stärker noch als ihre Vorgängerin von 2010 die NATO und speziell die USA in den Fokus. Priorität bei den Gegenmaßnahmen kommt den Nuklearwaffen zu. Nicht nur atomare Angriffe auf Russland werden mit Nuklearwaffen beantwortet, sondern auch konventionelle Angriffe, wenn die Existenz des Landes auf dem Spiel steht. Generalstabschef Gerassimow „kündigte [...] an,

42 Margarete Klein, Russlands neue Militärdoktrin, SWP-aktuell, Februar 2015, 4 Seiten, S. 2, im Weiteren: Klein

43 Eberhard Schneider, die neue russische Militärdoktrin, Europäische Sicherheit & Technik, ES & T, Februar 2015, S. 94 f, S. 94

44 Klein, S. 1

45 Klein, S. 2

dass im kommenden Rüstungsprogramm 2016 bis 2020 besonderer Wert auf die Beschaffung von Präzisionswaffen, von Informations- und Aufklärungsmitteln sowie von automatisierten Führungssystemen gelegt wird.“⁴⁶ „Intensiviert werden soll [...] die Zusammenarbeit mit Belarus, der ‚Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit‘ und der ‚Schanghai Organisation für Zusammenarbeit.‘“⁴⁷ Russland orientiert sich nach Osten.

Damit weitet sich unser Blick über Russland hinaus nach Asien.

China

Im Oktober 2011 markierte die damalige US-Außenministerin Clinton eine historische Neubestimmung der US-Außenpolitik. In einem Aufsatz in der *Foreign Policy*, der vielsagend betitelt ist mit „Amerikas Pazifisches Jahrhundert“ finden sich so markante Aussagen wie: „Die Zukunft der Politik wird in Asien, nicht in Afghanistan oder Irak entschieden werden und die Vereinigten Staaten werden direkt im Zentrum des Geschehens sein.“⁴⁸ Obama wurde im November 2011 noch deutlicher. In Australien sagte er, ich „habe mein Nationales Sicherheitsteam angewiesen, unsere Präsenz und unsere Missionen im asiatischen Pazifik zur Top-Priorität zu machen. Infolgedessen werden Kürzungen unserer Verteidigungsausgaben nicht – ich wiederhole nicht – auf Kosten des asiatisch-pazifischen Raums gehen.“⁴⁹ Einer der Kernsätze aus der Rede Obamas: „Die USA sind eine pazifische Macht – und wir sind hier um zu bleiben.“

Man muss diese Obama-Rede als historisch bewerten, weil es sich um den Einstieg in eine neue Epoche handelt. Obama kündigte an, im nordaustralischen Darwin für die Marines neu einen Dauerstützpunkt mit 2.500 Soldaten einzurichten. Der Schwenk ist im

46 Klein S. 3

47 Klein S. 4

48 <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/USA/clinton.html>

49 Rede US-Präsident Obamas vor dem australischen Parlament in Canberra am 17.11.2011, <http://www.ag-friedensforschung.de/regionen/USA/pazifik.html>, deutsche Übersetzung aus Knut Mellenthin, Kampfansage an China, junge welt 18.11.2011

Wesentlichen ein militärischer. Bis 2020 sollen 60 Prozent der US-Flotte im Pazifik stationiert sein. Statt fünf werden dann sechs der elf Flugzeugträger im Pazifik kreuzen.

Was war passiert? Der ökonomische und militärische Aufstieg der Volksrepublik China mit der Allein-Herrschaft der Kommunistischen Partei wird als Herausforderung für die US-Hegemonie betrachtet – also als neuer Bipol gesehen. Der Aufstieg macht sich an zwei Zahlen fest: Betrug im Jahr 2004 die US-amerikanische Wirtschaftsleistung noch mehr als die Siebenfache der chinesischen, betrug sie 2012 nur noch etwas mehr als die zweifache.⁵⁰ 2013 hat China die USA als weltgrößte Handelsmacht abgelöst.⁵¹ Nach Kaufkraftparität, die die verbilligten Inlandpreise berücksichtigt, hat die Wirtschaft Chinas die USA bereits im letzten Jahr überholt.⁵² Unter Berücksichtigung von Weltmarktpreisen wird laut einer umfangreichen Studie der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Pricewaterhousecoopers (PwC) Chinas Wirtschaft die USA im Jahr 2028 überholen.⁵³ ⁵⁴ Die Langzeitprognose von PwC reicht sogar bis 2050 und gibt einen Ausblick auf immense Kräfteverschiebungen.⁵⁵ Zwar können Naturkatastrophen, Kriege und anderes Unkalkulierbare dazwischen kommen, aber ohne die ergibt sich folgendes Ranking im Jahr 2050: China belegt mit großem Abstand Platz 1. Es erwirtschaftet 61,1 Bio. USD, gefolgt von Indien mit 42,2 vor den USA mit 41,4, Indonesien folgt mit 12,2 auf Platz 4, Brasilien mit 9,2 auf Platz 5, Mexiko und Japan mit je 8 Bio. USD belegen die Plätze 6 und 7, Russland belegt mit 7,6 Bio. Platz 8 und Deutschland mit 6,3 Platz 10. Deutschland fällt von derzeit Platz 5 auf Platz 10,

50 2004: USA 12,15 Bio. USD, China 1,68 Bio. USD (Fischerwelt-Almanach, (FWA), 2007, S. 625), 2012: USA 16,43 Bio. USD, China 7,73 Bio. USD (Fischer-Weltalmanach 2015, S. 614)

51 FAZ 11.1.14, China schwingt sich zum Handelsweltmeister auf.

52 FAZ 19.2.15, Europa fällt zurück. BIP 2014: China 17,6 Bio. USD, USA 17,4 Bio. USD

53 Pricewaterhousecoopers (PWC): The World in 2050, Will the shift in global economic power continue? February 2015, 46 Seiten, S. 3

54 Eine Prognose von IWF und Goldman Sachs sieht China im Jahr 2030 bei 42,9 Bio. USD und die USA lediglich bei 25,2 Bio. USD. Der Spiegel, Nr. 46/2014 vom 10.11.14, S.91

55 FAZ 19.2.15, Europa fällt zurück

Russland von Platz 6 auf Platz 8. Die EU wird von PwC nicht als Wirtschaftsblock erfasst, so dass sich ihre Wirtschaftskraft nur grob abschätzen lässt. Sie würde 2050 etwa bei 36 Bio. USD liegen. Es bildet sich also bis 2050 eine mit Abstand führende Vierergruppe heraus, die aus China, Indien, den USA und der EU besteht. Deutlich wird, dass die Zeit der USA als Welthegeemon abläuft. Als Reaktion bleiben Washington zwei Möglichkeiten: Die Niederlage zulassen oder Maßnahmen dagegen ergreifen. Klarer Fakt ist: es zuzulassen kommt nicht in Frage. Jüngster Beleg ist die alle vier Jahre erneuerte Nationale Sicherheitsstrategie. Die FAZ stellt fest: „Am Beginn einer jeden Strategie, schreibt der Präsident im Vorwort, stehe eine ‚unbestreitbare Wahrheit: Amerika muss führen.‘“ Die FAZ zählt deshalb in dem knapp 30 Seiten starken Werk die Wörter „Führung“ und „führen“ „fast hundert Mal“.⁵⁶

Mit der Zurückstufung auf Platz 3 droht den USA auch der Dollar als Weltleitwährung abhanden zu kommen. Diese Funktion ermöglichte es der US-Ökonomie jährlich Leistungsbilanzdefizite in Höhe von 500 Mrd. Dollar zuzulassen⁵⁷. Der chinesische Renminbi könnte die Leitwährungsfunktion übernehmen. Die USA setzen schon alles daran, dass der Euro den Dollar nicht ablöst, sie werden es dem Renminbi gegenüber ebenso tun. Nur wie? Gedankenspiele: Zum Beispiel dadurch, dass andere Länder die US-Währung als Landeswährung übernehmen würden und so vereint die Wirtschaftskraft Chinas überflügeln. Dafür käme wirtschaftlich und kulturell nur die EU in Frage, die mit den USA zusammen auf 77 Bio. USD kämen, deutlich mehr als China. TTIP würde den Weg dorthin bereiten und der Euro wäre Geschichte. Einher gehend mit dieser transatlantischen Vereinigung müsste aus westlicher Sicht verhindert werden, dass sich die wichtigsten BRICS Staaten China, Indien und Russland als Reaktion darauf weiter annähern. Denn die drei Länder kulminieren 2050 ihre Wirtschaftskraft auf 111 Bio. USD, also bedeutend mehr als USA und EU zusammen. Da nützt es dem Westen wenig, wenn auch noch Japan, Mexiko, Kanada, Australien und Süd-Korea den Dollar übernehmen würden. Sie

⁵⁶ FAZ 12.2.15, Führungsstark

⁵⁷ <https://de.wikipedia.org/wiki/Leitw%C3%A4hrung>

bringen es zusammen zwar auf knapp 27 Bio. USD Wirtschaftskraft, was addiert mit dem NATO-Block 104 Bio. USD ergäbe, aber es sind weniger als China, Indien und Russland zusammen. Russland ist das Zünglein an der Waage. Militärisch stützt es Indien und China am meisten von allen Ländern und ist unter den dreien die größte Atommacht mit Zweitschlagkapazität. Außerdem verfügt Russland über fast 24 Prozent des Erdgaspotenzials⁵⁸, dem mit Abstand größten aller Staaten und an Erdölpotenzial die drittgrößte Menge nach Venezuela und Kanada. Somit bliebe dem Westen eigentlich nur Folgendes: Russland muss auf strikten Westkurs gebracht werden. Regime-Change in Moskau. Russland würde NATO-Mitglied und schließt sich TTIP und einer Währungsunion an. Indien muss zumindest neutralisiert werden. In jedem Fall müssen – aus westlicher Sicht - die Vorhaben der BRICS, eine eigene Entwicklungsbank einzurichten, und den Vorhaben der Shanghai Organisation, die Zusammenarbeit zu intensivieren und den Mitgliedsanträgen Indiens und Pakistans zuzustimmen, bekämpft werden. Die Frage stellt sich, gibt es Anzeichen in der US-Politik, die diese Thesen unterstützen? Ja, die USA haben versucht, die Gründung einer von China initiierten und dominierten Asiatischen Infrastruktur- und Investmentbank (AIIB) zur Finanzierung der „Neuen Seidenstraße“ zu verhindern. Dieser US-Versuch ist gescheitert, weil sogar die Hauptmächte der EU dort Gründungsmitglieder werden.

Die USA versuchen mit der Beteiligung an der Transpazifischen Handelspartnerschaft (TPP) China vom Freihandel auszuschließen.

58 Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), Energiestudie 2014 - Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Energierohstoffen, Hannover, Dezember 2014, 132 Seiten.

http://www.bgr.bund.de/DE/Themen/Energie/Downloads/Energiestudie_2014.pdf;jsessionid=61A12572F8C9AADC00DC7C14AF41FD6A.1_cid292?_blob=publicationFile&v=7, Erdgas Verbleibendes Potenzial 2013: (1.) Russland 199 Bio. m³, (2.) China 71 Bio. m³, (3.) USA 64 Bio. m³, (4.) Iran 44 Bio. m³, (5.) Kanada 40 Bio. m³. Welt 836 Bio. m³ (Tab. 17, S. 80 bis 83). Erdöl Verbleibendes Potenzial 2013: (1.) Venezuela 92 Mrd. t, (2.) Kanada 84 Mrd. t, (3.) Russland 47 Mrd. t, (4.) Saudi-Arabien 47 Mrd. t, (5.) USA 31 Mrd. t., Welt 552 Mrd. t (Tab. 10, S. 70 bis 73)

Das ist bisher nicht gelungen. China hat sich auf dem APEC-Gipfel in Peking im November durchgesetzt und gegen den US-Widerstand den unmittelbaren Verhandlungsbeginn für eine Freihandelszone mit 27 Staaten und einem Handelsvolumen von 1 Bio. USD erreicht. Chinas Präsident Xi sagte: „Die Entscheidung wird in die Geschichtsbücher eingehen.“⁵⁹

China von der Welt zu isolieren, erscheint nicht einfach, zumal Wirtschaftssanktionen nur aus der Position der Stärke heraus erfolgversprechend sind. Aber Wirtschaftssanktionen gegenüber der zweitgrößten Macht der BRICS-Staaten, Russland, könnten insofern im US-Interesse erfolgreich sein, wenn als Folge dessen in Moskau eine Regierung installiert würde, die die US-Politik willfährig unterstützt. Das würde zugleich die Schanghai-Organisation sprengen. Russland-Sanktionen würden den zukünftigen engen US-Wirtschaftspartner EU schwächen und die US-Dominanz innerhalb von TTIP sichern. Wenn dies hinter der US-Sanktionspolitik gegen Russland steckt, spielen antirussische Sanktionen ausschließlich den USA in die Hände.

Mit China suchen die USA die ökonomische Kooperation, verstärken jedoch im Gegensatz dazu ihre militärischen Kapazitäten. Sie nutzen noch den aus Zeiten des Kalten Krieges bestehenden Ring aus Militärbasen in Diego Garcia, Südkorea, Guam und Japan. Das sind die Basen, die die US-Dominanz im Westpazifik und im Indischen Ozean manifestieren und die US-Militärpakte mit Japan, Taiwan, Südkorea, Philippinen und Thailand absichern. Die USA bauen dieses Netz, nunmehr aktiv unterstützt von der japanischen Rechtsregierung, ihrem wichtigsten asiatischen Partner, aus, indem sie die ehemaligen Marinestützpunkte auf den Philippinen reaktivieren, die Kontakte zu Singapur und Vietnam verstärken oder zu Burma und Laos aufnehmen. Basen in Afghanistan und Pakistan vervollkommen die Einkreisung Chinas. Allein die 7. US-Flotte in Guam und Japan ist größer als die 5. Flotte im Persischen Golf. 180 der insgesamt 285 US-Kriegsschiffe gehören der Pazifischen Flotte

59 FAZ 12.11.14 Chinas Machtdemonstration düpiert Amerika – Beim Apec-Gipfel setzt sich China beim Ringen um eine Freihandelszone durch.

an⁶⁰, darunter fünf Flugzeugträger und fast 2.000 Flugzeuge. „Bis 2018 soll die Marine über 306 Schiffe verfügen“.⁶¹ China dagegen hat nur etwa 80 Überwasserkampfschiffe, modernisiert jedoch seine Streitkräfte systematisch, wobei die jährliche Steigerungsrate ihres Militärhaushalts der allgemeinen Steigerung des Staatshaushalts entspricht. Im Jahre 2014 lagen die chinesischen Militärausgaben laut SIPRI bei 216 Mrd. Dollar und liegen damit erst bei etwa 35 Prozent der US-amerikanischen.

Aktuell gibt es zwei maritime Konfliktfelder der VR China: Einerseits ihr Streit mit Japan um die Senkaku/Diaoyu-Inseln - hierauf erhebt auch Taiwan Anspruch - und andererseits der Streit um das Südchinesische Meer. Im Streit mit Japan um die rohstoffreichen Inseln könnte eine Lösung in der gemeinsamen sino-japanischen Ausbeutung der Ressourcen liegen.⁶²

Das Südchinesische Meer ist eine bedeutende Wasserstraße. Fast die Hälfte des weltweiten Warenverkehrs wird dort bewegt und China wickelt 80 Prozent seines Seeverkehrs darüber ab. Dabei ist für China die Straße von Malakka zwischen Malaysia und Indonesien als Verbindung vom Südchinesischen Meer zum Indischen Ozean von ausschlaggebender Bedeutung. „China importiert über die Hälfte seines benötigten Erdöls aus dem Mittleren Osten und Afrika. Mehr als 80 Prozent dieses Rohöls werden durch die Straße von Malakka transportiert.“⁶³ Die dominierende US-Flottenpräsenz mit fünf Flugzeugträgergruppen könnte die Einfuhr von Rohstoffen dort abriegeln. Bedeutsam sind im Südchinesischen Meer zudem die vermuteten Öl- und Gasressourcen. Beim Öl entspricht die Menge 13 Prozent der nachgewiesenen weltweiten Vorräte, bei Erdgas sind es etwa 8 Prozent⁶⁴. Obama hat bereits 2010 die Frei-

60 Neue Zürcher Zeitung, NZZ 6.2.12

61 Michael Paul, Die amerikanische Schwerpunktverlagerung nach Asien - die militärische Dimension, SWP-Studie, März 2015, 31 Seiten, S. 18, im Weiteren: Paul

62 Olivier Zajec, Drei Felsen, fünf Inseln, le monde diplomatique, Januar 2014, S.9

63 Paul, S. 22

64 wobei diese Lagerstätten dabei nicht berücksichtigt sind. FAZ 19.5.12: Im Südchinesischen Meer werden 30 Mrd. t Öl und 16 Bio.m³ Erdgas vermutet. BP gibt für 2013 die weltweiten Erdölvorräte mit 230 Mrd. t an. Der Fischer Weltalmanach 2015

heit der Seefahrt im Südchinesischen Meer zum nationalen Interesse der USA erklärt. Die USA haben im Oktober einen Flugzeugträger in das Südchinesische Meer entsandt und sagten den Kontrahenten Chinas Unterstützung zu.

Die Komplexität der Ansprüche auf das Südchinesische Meer sind zu groß, als das sie hier ausführlich dargestellt werden können. Nur so viel: Die chinesischen Ansprüche auf fast das ganze Meer sind wohl begründet. China meldet Besitzansprüche seit der Zeit der Ming-Dynastie an⁶⁵. Frankreich als einstige indo-chinesische Kolonialmacht erkannte 1887 an, dass die größten Gebiete, die Spratly- und die Paracel-Inseln, zu China gehören⁶⁶, seit 1947 gilt für China eine 9-Strich- und auch 11 -Strich-Karte, die die Souveränität über fast das gesamte Meer markiert. Das ist allgemein bekannt. Dies wurde auch der UNO 2009 übermittelt.⁶⁷ In Kenntnis dieser alten chinesischen Ansprüche erheben die Philippinen, Malaysia, Brunei, Indonesien und Vietnam ebenfalls Ansprüche, wobei insbesondere der vietnamesische Anspruch flächenmäßig ähnlich groß ist wie der chinesische. In chinesischen Zeitungen ist sogar von „vietnamesischen Dieben“ die Rede.⁶⁸ Alle Anrainer haben gegenüber allen anderen Anrainern – mit Ausnahme Indonesiens – Ansprüche. Realistisch ist jedoch nur die Auseinandersetzung um die Spratly-Inseln im Süden des Südchinesischen Meers, weil alle anderen Gebiete effektiv von China kontrolliert werden. China wird im Westen dabei als der expansive, der aggressive Part dargestellt. Das Bild ist schief, weil die chinesischen Ansprüche älter sind und die anderen Anrainer in den 1970er Jahren begannen, Kontrolle über kleine Inseln und Riffs auszuüben. Die chinesische Marine ist zunehmend mehr in der Lage, ihre uralten Ansprüche durchzusetzen. Der Konflikt ist geeignet, ein Wettrüsten auf See zu beschleunigen und Seeschlachten zu provozieren, bei denen die

gibt die „nachgewiesenen und gewinnbaren Erdgasreserven“ für 2013 mit 187,7 Bm³ an. (Quelle BP, FWA S. 664)

65 Chinesisches Kaiserreich 1368 bis 1644

66 Ingo Nentwig, Run auf die Eilande, Junge Welt, 17.7.13

67 Ingo Nentwig, Kernfrage Rohstoffe, Junge Welt 18.7.13. Till Fähnders, Chinas rote Linien, FAZ 2.4.14

68 NZZ 2.3.15, Unbehagen an der Großmacht

USA als Schutzmacht vor allem der Philippinen und Malaysias fungiert. Das Schüren von Konflikten verschafft den USA ihr „pazifisches Jahrhundert“, das heißt Dauerpräsenz vor Ort. Welche Lösung ist möglich? Der Sinologe und Ethnologe Ingo Nentwig sieht die Lösung im Versuch, mit China bilaterale Vereinbarungen zur gemeinsamen Ausbeutung der Öl- und Gaslagerstätten anzustreben. Er meint, „die Geschichte hat gezeigt, dass Peking in Grenzfragen einen außerordentlich großzügigen Standpunkt einnimmt, wenn ernsthaft verhandelt und auf Polemik verzichtet wird.“⁶⁹

Einstweilen jedoch gehen die Rüstungsaktivitäten weiter. Die USA bringen im Westpazifik 21 Kriegsschiffe ihres Raketenabwehrsystems in Stellung⁷⁰, Japan erhält zwei, Südkorea drei solcher Schiffe. Die weitreichendsten US-Radaranlagen werden in Japan und den Philippinen installiert. Die USA testen Tarnkappenkampfdrohnen, die mit Reichweiten von 6.500 km in fünf Jahren auf ihren Flugzeugträgern stationiert werden sollen. China sieht seine nukleare Abschreckungsfähigkeit durch den Ausbau der US-Raketenabwehr in Ostasien beeinträchtigt.⁷¹ Als Antwort hat China nunmehr mobile Interkontinentalraketen mit bis zu zehn Sprengköpfen getestet und baut seine U-Boot-Flotte mit neuen Interkontinentalraketen aus. Es testet Hyperschallflugzeuge, die für Anti-Raketen-Raketen unerreikbaar sein sollen. Es entwickelt Raketen, deren Sprengköpfe mit Endphasenlenkung in der Lage sein sollen, US-Flugzeugträger in einer Entfernung von 1.500 km auf 5 m genau zu treffen.⁷²

Das Pentagon verfolgt mit einer neuen Air-Sea-Battle-Doktrin gegen China ein aggressives Konzept, mittels Cyberwar, Tarnkappenbomben und Marschflugkörpern die chinesischen Führungs- und Übermittlungseinrichtungen sowie die chinesischen Ab-

69 Nentwig, junge Welt 18.7.13

70 Vgl. Michael Paul, China und die Raketenabwehr, SWP-Aktuell, Dezember 2012, 4 Seiten, S. 2

71 China verfügt über mehr als 180 ballistische Raketen mit jeweils einem nuklearen Gefechtskopf. 66 Interkontinentalraketen sind an Land stationiert. NZZ 6.3.15

(Quelle Military Balance 2015) und 40 sollen auf drei U-Booten stationiert werden.

72 NZZ 1.6.12

schussrampen ausschalten zu können. Das soll den Zugang ihrer Flugzeugträgergruppen in das Seegebiet vor China sicherstellen. China verschafft sich eine nukleare Zweitschlagfähigkeit, indem es ihre U-Boote mit Interkontinentalraketen ausrüsten will.⁷³

Fazit: Die USA verlieren in den kommenden Jahrzehnten zunehmend ihre globale Dominanz. Nur im Bündnis mit der EU, und anderen OECD-Staaten bei gleichzeitiger Isolierung Chinas wäre diese aufrechtzuerhalten. Das setzt voraus, dass Russland und Indien von China isoliert werden. Mit einer NATO-Mitgliedschaft Russlands würde das gesichert sein.

Deutsche Rolle

Die Bundesrepublik hat sich als größte EU-Wirtschaftsmacht (BIP-Anteil 21 Prozent) und als größter Gläubiger unter den EU-Staaten zum Hegemon der EU entwickelt. Vor über 20 Jahren wurde für die Bundeswehr ein gigantisches Um- und Aufrüstungsprogramm in Gang gesetzt, das bisher etwa 100 Mrd. Euro verschlungen hat, und die Bundesregierung in die Lage versetzen soll, ihre außenpolitische Macht militärisch zu unterfüttern. Spätestens in zwei Jahren werden diese neuen Waffen und Ausrüstungen zur Verfügung stehen. Bisherige zahlreiche Auslandseinsätze und auch Kriege mit deutscher Beteiligung werden nur als Vorübung dessen betrachtet werden, was dann möglich wird. Von zentraler Bedeutung werden neue Military Airbusse sein, die passgenau so konzipiert sind, dass sie zwei Kampfhubschrauber Tiger oder einen Transporthubschrauber NH 90 oder einen Schützenpanzer Puma oder einen Radpanzer Boxer oder 116 voll ausgerüstete Fallschirmspringer direkt in die Kampfzonen überall auf dem Globus transportieren können. Und die Regierung will Kampfdrohnen anschaffen.

Der NATO-Gipfel in Wales hat beschlossen, dass alle NATO-Mitglieder bis 2024 ihre Militärausgaben auf 2 Prozent des Brutto-sozialprodukts steigern. Für die BRD bedeutet das nach NATO-Kriterien eine Steigerung von derzeit 36,74 Mrd. Euro (2013)⁷⁴, was

⁷³ Jahresabrüstungsbericht 2014, S. 135

⁷⁴ NATO-Tabelle 1

1,3 Prozent des deutschen BIP⁷⁵ entspricht, auf 56,5 Mrd. Euro. Ein Plus von über 50 Prozent!

Kommen wir abschließend zu den friedenspolitischen Forderungen. Vordringlich ist das Eintreten für die Durchsetzung des Waffenstillstands in der Ostukraine und die Umsetzung der anderen Vereinbarungen von Minsk II sowie die Forderungen nach einem Ende der antirussischen Sanktionen und der Nichtaufnahme der Ukraine in NATO und EU. Nur auf dieser Basis wird es gedeihliche Verhandlungen zwischen Russland und der NATO über den weiteren Abbau der strategischen Atomwaffen unter Einbeziehung der Raketenabwehr, über den Prompt Global Strike, über die Abschaffung der taktischen Atomwaffen und über konventionelle Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa geben. An die Bundesregierung gerichtet stehen die Forderungen nach Nichtbeschaffung von Kampfdrohnen, nach einem Stopp der Rüstungsexporte und nach einem Ende von Auslandseinsätzen der Bundeswehr und für Abrüstung im Vordergrund. Die Forderung „Spart endlich an der Rüstung!“ ist damit wieder hoch aktuell. Danke.

V. i. S. d. P. – Arbeitskreis Frieden der GBM, Helga Hörning

⁷⁵ NATO-Tabelle 3. NATO-Europa gibt demnach 2013 nach NATO-Kriterien 1,6 Prozent des BIP für das Militär aus (269,736 Mrd. USD). 2 Prozent würden ein Plus um 25 Prozent bedeuten, also 337,17 Mrd. USD (+ 67,434 Mrd. USD)